

TERROR GEGEN GEWERKSCHAFTER*INNEN IM IRAN

ZWEITES TODESURTEIL GEGEN SHARIFEH MOHAMMADI



Die Mutter eines 13-jährigen Sohnes, Ingenieurin von Beruf und engagierte Gewerkschafterin, ist am 13. Februar 2025 von einem iranischen Gericht zum zweiten Mal zum Tode verurteilt worden! Das erste Todesurteil war nach einer internationalen Solidaritätskampagne, an der auch viele Kolleg*innen in Deutschland teilgenommen haben, aufgehoben worden. Das Mullah-Regime will die Bewegung für die Rechte der Arbeitnehmer*innen und insbesondere auch der Frauen brechen. Das ist der Grund für den schrecklichen Spruch eines Gerichts im Dienste islamistischer Terrorjustiz.

FOLTER UND GEFÄLSCHTE ANKLAGEN

Sharifeh Mohammadi war unter anderem in einem Koordinierungsausschuss für die Gründung von Arbeiterorganisationen aktiv und unterstützte die Bildung von Gewerkschaften. Gegen sie war zum ersten Mal am 4. Juli 2024 ein Todesurteil verhängt worden. Die Anklage hatte zunächst auf „Propaganda gegen den Staat“, dann auf „bewaffnete Rebellion“ gelaute. Ihr wurden Verbindungen zu einer verbotenen Partei unterstellt, die sie in Wirklichkeit nie hatte. Tatsächlich soll ihr Engagement für die Rechte der Arbeitnehmer*innen und der Frauen mit dem Tod am Galgen bestraft werden.

In der Haft wurde Sharifeh misshandelt und gefoltert, um von ihr ein Geständnis zu erpressen.

Der zweite Prozess war wie der erste eine Farce. Sharifehs Anwalt wurden lediglich wenige Minuten zu ihrer Verteidigung eingeräumt. Sharifeh selbst konnte nur per Video teilnehmen.

Das zweite Todesurteil gegen sie erging in einer Zeit zunehmender Proteste gegen die Verelendung infolge der galoppierenden Inflation und soll offensichtlich – wie die zahlreichen Verhaftungen der letzten Monate – der Einschüchterung dienen.

SHARIFEH DARF NICHT STERBEN!

Viele Gewerkschafter*innen in Deutschland haben sich bereits im letzten Jahr gegen das erste Todesurteil gegen Sharifeh und für ihre sofortige Freilassung engagiert. Wir lassen jetzt nicht locker.

WIR FORDERN: AUFHEBUNG DES TODESURTEILS SOFORT! FREIHEIT FÜR SHARIFEH MOHAMMADI!

Unterstützt die Petition von Amnesty International:

<https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/iran-feministin-erneut-zum-tode-verurteilt-2025-02-27>

Organisiert Beschlüsse in Euren Gremien, sammelt Unterschriften unter Euren Kolleg*innen.

Mehr Informationen und Material unter: <https://igmetall-sprockhoevel.de/verfolgte-gewerkschafterinnen/>



Sharifeh Mohammadi

GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONAL
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER*INNEN



VERFOLGTEN BEISTEHEN, GEGENMACHT AUFBAUEN

VON JÜRGEN KERNER



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Welt, wie wir sie kannten, verändert sich in rasender Geschwindigkeit. Russland führt weiter Krieg gegen die Ukraine. Präsident Trump reißt ein, was die USA nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen haben. Internationale Institutionen interessieren ihn nicht. Bestehende Verträge wie das Handelsabkommen mit Kanada und Mexiko hebt er aus. Grönland und Kanada will er den USA einverleiben. Den Präsidenten der Ukraine stellt er vor laufenden Kameras im Weißen Haus bloß. Dafür klüngelt er mit Putin. Für die Gewerkschaften in den USA wird es schwer, die brutalen Entlassungen im Öffentlichen Dienst sind ein Vorbote. International ist zu befürchten, dass die Idee der regelbasierten Ordnung ganz vom Recht des Stärkeren abgelöst wird. Stehen die USA noch zu Demokratie und Menschenrechten? Oder werden sie zu einer autoritären, ja imperialistischen Supermacht?

Umso mehr müssen wir „im Kleinen“ hinsehen und unterstützen. Freie Gewerkschaften, aktive Gewerkschafter*innen sind ein zentraler Baustein der Zivilgesellschaften. Sie kämpfen für Arbeitnehmerrechte, für Organisationsfreiheit und Gerechtigkeit. Wie Sharifeh Mohammadi, die das Regime im Iran zum zweiten Mal zum Tod verurteilt hat (Seite 1) und der eingekerkerte Aliaksandr Yarashuk, Vorsitzender des Kongresses der demokratischen Gewerkschaften von Belarus, Mitglied des Verwaltungsrats der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Seite 3). Für beide organisiert die IG Metall zum Tag der Arbeit am 1. Mai eine Postkartenaktion. Für Sharifeh mit Amnesty, für Aliaksandr mit Solidarnast.

Macht mit!

Euer Jürgen Kerner

PALINA SHARENDA-PANASIUK ENDLICH FREI!



Nach vier Jahren konnte Palina Sharenda-Panasiuk endlich das Gefängnis verlassen und zu ihrer Familie nach Litauen ausreisen.

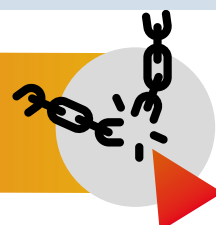
SOLIDARITÄT WIRKT!

Wir engagieren uns weiter für verfolgte Gewerkschafter*innen in Belarus. (Näheres auf Seite 3)

Zur [Kampagne von Solidarnast:](#)



GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONAL
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER*INNEN



LUKASCHENKO-REGIME GEGEN ARBEITNEHMER*INNEN

DEMONSTRATIVE VERHAFTUNGEN IN DEN BETRIEBEN

Angeblich 87,82 Prozent der Wählerinnen und Wähler haben Lukaschenko bei den Präsidentschaftswahlen am 26. Januar in seinem Amt bestätigt. So versicherten es die staatsgelenkten Medien. Doch dass nach der Präsidentschaftswahl von 2020 auch die von Anfang 2025 gefälscht wurde, ist mit Händen zu greifen. Und das Regime selbst scheint sich seiner Macht nicht sicher zu sein. Das zeigen die repressiven Maßnahmen in manchen Betrieben.

So hat es Ende 2024 eine Entlassungswelle beim Düngemittelhersteller Belaruskali gegeben. Wegen ihrer Beteiligung an den Proteststreiks von 2020 wurden jetzt dutzende Kolleginnen und Kollegen gezwungen, ihre Kündigung zu unterschreiben. Wer sich weigerte, wurde in Handschellen abgeführt. Aus den Optik-Unternehmen BelOmo und Peleng wird der Einsatz von Lügendetektoren berichtet, mit deren Hilfe staatsfeindliche Gesinnung aufgespürt werden soll. Handys werden beschlagnahmt und auf Apps von „extremistischen“ Kanälen überprüft. Und immer wieder kommt es zu demonstrativen, in den Staatsmedien übertragenen Verhaftungen am Arbeitsplatz. So

geschehen beim metallverarbeitenden Unternehmen Haver Boecker und bei der Ölraffinerie Mozyr. Überall will das Regime eine Atmosphäre der Angst erzeugen, um Widerstand zu verhindern.

UNABHÄNGIGE GEWERKSCHAFTER IM GEFÄNGNIS

Seit April 2022 befindet sich die gesamte Führungsspitze der unabhängigen Gewerkschaften von Belarus im Gefängnis. Sie wurde verhaftet, nachdem der unabhängige Gewerkschaftsbund BKDP gegen den Krieg Putins gegen die Ukraine protestiert hatte. Die Kolleg*innen wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Insgesamt befinden sich momentan nach Zählung von Solidarnast, der Vertretung der unabhängigen Gewerkschaften von Belarus im Exil, 29 Gewerkschafter*innen unter menschenverachtenden Bedingungen in Haft.

Weitere Informationen unter:

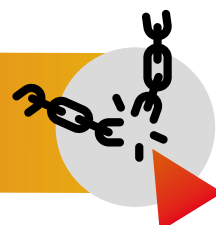
<https://www.solidarnast.info/prisoners>



Aliaksandr Yarashuk

ALIAKSANDR YARASHUK

Der Vorsitzende des staatsunabhängigen Kongresses der demokratischen Gewerkschaften von Belarus ist 73 Jahre alt. Er wurde am 19. April 2022 verhaftet, nachdem sein Arbeitsplatz und seine Wohnung von der Miliz durchsucht worden waren. Die Anklage gegen ihn lautete auf „Vorbereitung von Aktionen zur schweren Störung der öffentlichen Ordnung“ und „Aufruf zu Aktionen zur Verletzung der nationalen Sicherheit“. Er wurde am 26. Dezember 2022 zu vier Jahren verurteilt. Als Beginn der Strafverbüßung wurde der 24. März 2023 festgelegt. Er ist im Gefängnis Nr. 4 in Mahiliou inhaftiert. Aliaksandr Yarashuk ist Mitglied des Verwaltungsrats der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes.



SÜD-KOREA

28 KOLLEGEN WEGEN STREIK ZU GEFÄNGNIS VERURTEILT

51 TAGE ARBEITSNIEDERLEGUNG IM SCHIFFBAU 2022



IndustriAll Global Union meldet die Verurteilung von 28 südkoreanischen Gewerkschaftern zu Geld- und zum Teil mehrjährigen Haftstrafen wegen „Behinderung der Geschäftstätigkeit“. Unter ihnen der Ortsvorsitzende der koreanischen Metallarbeitergewerkschaft Kim Hyong-su (drei Jahre), der ehemalige stellvertretende Vorsitzende Yoo Choi-Ahn (zwei Jahre) und der örtliche Generalsekretär Lee-Kim Chun-Taek (ein Jahr). Hintergrund des mehr als zwei Jahre zurückliegenden Streiks war die Weigerung des Schiffbauunternehmens Daewoo Shipbuilding and Marine

Engineering (jetzt Hanwha Ocean), Tarifverhandlungen zu führen, in deren Rahmen die Gewerkschaft eine 30-prozentige Lohnkürzung abwenden wollte. Die Regierung hatte zur Einschüchterung der Kollegen Militärübungen nahe der Werft durchgeführt.

Weitere Forderungen waren u.a.: Verbesserung der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes sowie Garantie der gewerkschaftlichen Rechte und Maßnahmen gegen die mehrstufige Untervergabe von Aufträgen. Die Haftstrafen wurden vorerst außer Vollzug gesetzt.

<https://www.industrialunion.org/unjust-conviction-of-korean-unionists-at-hanwha-ocean>

MYANMAR

Die Militärregierung will die unabhängigen Gewerkschaften des Landes durch Unterwanderung zerstören. So wurden Kolleg*innen auf einer fälschlich als Bildungsveranstaltung der Industrial Workers Federation of Myanmar ausgegebenen Versammlung gezwungen, eine dem Staat genehme Gewerkschaftsführung einzusetzen. IndustriAll Global Union stellt dazu fest: „Dieser staatlich unterstützte Angriff auf die Gewerkschaften verletzt internationale Standards, die das grundlegende Prinzip der Vereinigungsfreiheit einschließen.“

HONGKONG

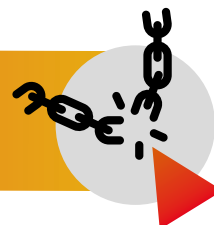
Seit vier Jahren befinden sich Li Cheuk-yan (ehem. Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes), Carol Ng (ehem. Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes) und Winnie Yu (ehem. Vorsitzende der Gewerkschaft der Angestellten der Gesundheitsbehörde) in Hongkong in Haft. Sie wurden nach dem Gesetz zur Nationalen Sicherheit der von China verwalteten Stadt verurteilt, das den Kampf für Demokratie als „Subversion gegen den Staat“ und internationale Solidarität als „Zusammenarbeit mit ausländischen Mächten“ verfolgt.

USA

Aus einer Erklärung von Public Services International, des internationalen Zusammenschlusses der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes: „Angesichts der gefährlichen Angriffe der neuen Regierung auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen Public Services International und unsere Mitglieder auf der ganzen Welt in unerschütterlicher Solidarität mit allen Beschäftigten in den Vereinigten Staaten. (...) Trotz dieser Herausforderungen sind wir ermutigt durch die unglaubliche Stärke und Widerstandsfähigkeit der arbeitenden Menschen. In den gesamten Vereinigten Staaten erleben wir eine noch nie dagewesene Welle von Gewerkschaftseintritten und Streiks. (...) Wir schöpfen Mut aus dem Erstarben der Gewerkschaften in den USA. (...) Der vor uns liegende Weg wird nicht einfach sein, aber wir wissen, dass wir durch unsere gemeinsame Stärke, unser Engagement für Gerechtigkeit und unsere Solidarität mit allen arbeitenden Menschen weiterhin Fortschritte machen werden. Die Macht des arbeitenden Volkes ist größer als die Macht der Wenigen.“



GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONAL
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER*INNEN





BANGLADESCH

ANGST, AUSBEUTUNG UND WIDERSTAND

TEXTILARBEITER*INNEN KÄMPFEN FÜR FAIRE BEDINGUNGEN

In Bangladeschs Textilindustrie arbeiten über vier Millionen Menschen – überwiegend Frauen. Doch faire Arbeitsbedingungen und Gewerkschaftsrechte bleiben für die meisten unerreichbar. Kalpona Akter, Präsidentin der Gewerkschaft BGIW in Dhaka, berichtet im Amnesty Journal 02/2025 über Repression, Gewalt und den langsamen Wandel nach dem Sturz der Regierung im August 2024.



Kalpona Akter

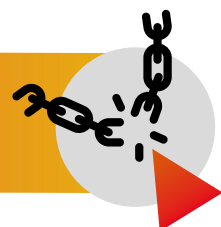
Offiziell sind über 1.300 Gewerkschaften registriert. Doch die Mehrheit davon wurde von Unternehmern selbst gegründet, um eine unabhängige Organisation zu unterlaufen. Nur in den wenigen wirklich unabhängigen Gewerkschaften sind lediglich rund ein Prozent der Beschäftigten organisiert. Die anderen 99 Prozent haben einfach Angst – vor Jobverlust, vor gewalttätigen Schlägertrupps, vor Drohungen durch Geheimdienste. Immer wieder wurden Gewerkschafter*innen, Anwält*innen und Journalist*innen verfolgt, verletzt oder ermordet. Akter selbst war mehrfach strafverfolgt, ihre Familie massiv unter Druck gesetzt. Der Mord an ihrem engen Vertrauten Shahidul Islam in 2023 hat die Bewegung tief erschüttert.

Auch Betriebsräte existieren häufig nur auf dem Papier. Ihre Mitglieder werden oft vom Management bestimmt und sind den Arbeitenden nicht einmal namentlich bekannt. Frauen sind besonders betroffen: Viele erfahren sexualisierte Gewalt oder Belästigung, ohne Chance, ihre Rechte durchzusetzen. In den meisten Betrieben fehlen unabhängige Anlauf- und Beschwerdestellen, obwohl sie gesetzlich vorgesehen sind.

Der Mindestlohn wurde 2024 auf knapp 100 Euro erhöht – zu wenig für ein Leben in Würde. Akter fordert eine umfassende Reform: Lieferkettengesetze müssen verbindlich und rechtlich einklagbar sein. Verbraucher*innen sollten sich mit den Arbeiter*innen solidarisieren – durch kritische Nachfrage, öffentliche Unterstützung und politischen Druck statt Boykott.

RANA PLAZA UND DIE FOLGEN

Am 24. April 2013 stürzte in Dhaka das neunstöckige Fabrikgebäude Rana Plaza ein. Über 1.100 Menschen starben, fast 2.500 wurden verletzt. In dem Gebäude arbeiteten überwiegend Frauen für internationale Marken unter unsicheren Bedingungen. Die Katastrophe wurde zum Symbol für die Ausbeutung in der globalen Bekleidungsindustrie. In der Folge wurden Abkommen wie der „Accord on Fire and Building Safety“ geschlossen, die in großen Exportfabriken Verbesserungen brachten. Doch viele kleinere Betriebe sind nicht erfasst. Frauen leiden besonders unter fehlender Mitbestimmung, niedrigem Lohn und sexualisierter Gewalt. Rana Plaza war ein Weckruf, doch auch 12 Jahre später sind faire Bedingungen für Textilarbeiterinnen nicht die Regel.



PROFIT ÜBER MENSCHENRECHTE

Die FIFA hat die Fußball-Weltmeisterschaft 2034 an Saudi-Arabien vergeben – ohne jegliche menschenrechtliche Sicherheitsgarantien. Diese Entscheidung gefährdet Arbeitsmigrant*innen, Anwohner*innen und Fans. Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften fordern dringende Schutzmaßnahmen.

„Die FIFA nimmt in Kauf, dass Arbeiter*innen unter lebensgefährlichen Bedingungen ausgebeutet werden“, kritisiert Steve Cockburn von Amnesty International. Schon bei der WM 2022 in Katar mussten Tausende unter unwürdigen Bedingungen schuften – viele verloren ihr Leben. Nun droht eine Wiederholung.

Die FIFA verspricht, Menschenrechtsstandards einzuhalten – doch diese Zusicherungen sind nichts wert. Die Vergabe zeigt einmal mehr, dass wirtschaftliche Interessen Vorrang haben. Auch nationale Fußballverbände tragen Verantwortung für diese Entscheidung.



Die FIFA muss unverzüglich handeln:

- Effektive Schutzmaßnahmen für Arbeitsmigrant*innen gesetzlich verankern und umsetzen.
- Entschädigung für ausgebeutete Arbeiter*innen garantieren, durchsetzen und langfristig absichern.
- Sponsoren und Partner zur strikten Einhaltung menschenrechtlicher Standards verpflichten.

Gewerkschaften fordern von der FIFA und beteiligten Unternehmen Maßnahmen zum Schutz der Arbeiter*innen: effektiver Arbeitsschutz, existenzsichernde Löhne und unabhängige Kontrollen. Zudem muss eine Entschädigungsregelung für bereits ausgebeutete Arbeiter*innen geschaffen werden. Internationale Solidarität ist nötig, um sicherzustellen, dass die WM 2034 nicht auf Kosten der Schwächsten ausgetragen wird.

Die Lage in Saudi-Arabien bleibt insbesondere für Arbeitsmigrant*innen und Menschenrechtsaktivist*innen besorgniserregend.

Saudi-Arabien ist international für massive und systematische Menschenrechtsverletzungen bekannt. Arbeitsmigrant*innen erleben weitverbreitete und systematische Ausbeutung, Aktivist*innen werden für friedliche Meinungsäußerungen willkürlich inhaftiert, Frauenrechte sind stark eingeschränkt. Anwohner*innen werden oft für Großprojekte vertrieben. Trotz internationaler Kritik gibt es kaum Fortschritte. Die FIFA ignoriert diese bedrückende Realität bewusst. Statt menschenrechtlicher Reformen stehen Profitinteressen im Vordergrund. Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften fordern dringend und nachdrücklich Schutzmaßnahmen für Arbeiter*innen und klare Garantien für grundlegende Rechte.

GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONAL
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER*INNEN





MELDUNGEN

TÜRKEI: ANGRIFFE AUF ANWÄLTE

Die internationale juristische Gemeinschaft ist alarmiert über Ermittlungen gegen die Anwaltskammer Istanbul. Am 21. Dezember 2024 veröffentlichte die Kammer eine Erklärung, in der sie die gezielte Tötung der Journalist*innen Nazım Daştan und Cihan Bilgin in Nordsyrien thematisierte. Beide wurden am 19. Dezember 2024 getötet, während sie über die Lage vor Ort berichteten. Die Kammer erklärte, dass Angriffe auf Journalist*innen in Konfliktgebieten das Völkerrecht verletzen, und forderte eine unabhängige Untersuchung.

Infos unter: <https://www.amnesty.org/en/documents/eur44/8978/2025/en/>

Die türkischen Behörden reagierten mit harten Maßnahmen: Sie leiteten Ermittlungen wegen „Terrorpropaganda“ ein, klagten auf Absetzung der Kammerführung und verhafteten am 23. Januar 2025 Vorstandsmitglied Firat Epözdemir – direkt nach seiner Rückkehr vom Europarat. Diese massiven Angriffe auf die Anwaltschaft bedrohen fundamentale Menschenrechte. Eine breite internationale Erklärung, unterstützt von Amnesty International und vielen weiteren Organisationen, fordert die sofortige Einstellung der Verfahren, die Freilassung Epözdemirs und den Schutz der anwaltlichen Unabhängigkeit.

CHINA: HUANG WEITER IN HAFT

Das Oberste Volksgericht Guangdong bestätigte das Urteil gegen die #MeToo-Aktivistin Sophia Huang Xueqin. Sie wurde am 14. Juni 2024 zu fünf Jahren Haft verurteilt, wegen „Anstiftung zur Untergrabung der Staatsgewalt“. Mitangeklagter Wang Jianbing wurde am 18. März nach Verbüßung seiner Strafe freigelassen. Huang ist gesundheitlich angeschlagen. Setzt euch weiter für sie ein!

<https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/china-aktivist-freigelassen-aktivistin-weiterhin-haft-2025-03-27>

TÜRKEI: FREISPRUCH FÜR FİNCANCI

Ein Gericht hat die Menschenrechtsaktivistin und Gerichtsmedizinerin Şebnem Korur Fincancı vom Vorwurf der „öffentlichen Verunglimpfung des Staates“ freigesprochen. Die ehemalige Vorsitzende der Türkischen Ärztekammer hatte in einem Interview mögliche Folter durch den Staat thematisiert. Ein weiteres Verfahren wegen Terrorpropaganda ist anhängig, da sie eine Untersuchung zu möglichem Chemiewaffeneinsatz durch das Militär im Irak forderte.

<https://www.amnesty.de/aktuell/tuerkei-menschenrechtsaktivistin-sebnem-korur-fincanci-freigesprochen>

KANADA: SYSTEMATISCHE AUSBEUTUNG VON ARBEITSMIGRANT*INNEN

Ein Bericht von Amnesty International zeigt, dass das Temporary Foreign Worker Programme systematische Ausbeutung begünstigt. Arbeitsmigrant*innen werden zu langen Arbeitszeiten gezwungen, unterbezahlt, misshandelt und diskriminiert. Viele leben in unsicheren Unterkünften ohne Zugang zu Gesundheitsversorgung. Arbeitgeber*innen kontrollieren Aufenthaltsstatus und Arbeitsbedingungen, während gebundene Visa einen Arbeitsplatzwechsel verhindern. Frauen berichteten von geschlechtsspezifischer Gewalt. Viele wurden beschimpft, unfair behandelt oder unter Druck gesetzt. Einige wurden gegen ihren Willen zum Flughafen gebracht, um sie nach Beschwerden oder Arbeitsunfällen abzuschicken. Amnesty fordert die Abschaffung gebundener Visa.

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2025/01/canada-tfwp-abuse-migrant-workers/>

